

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 43. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 26. Oktober 2017

1. Abgeordnete

**Martin Haller und
Johannes Klomann (SPD)**

Tag der Deutschen Einheit 2017

Am 2. und 3. Oktober 2017 wurden die bundesweiten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz begangen. Unter dem Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ wurde der offizielle Teil der Einheitsfeier durch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin am 3. Oktober eröffnet. Neben einem großen ökumenischen Gottesdienst mit rund 1 000 und dem Festakt mit etwa 1 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben an beiden Tagen etwa 510 000 Menschen das Bürgerfest und die zahlreichen Stände und Bühnen besucht. An beiden Tagen waren tausende Polizistinnen und Polizisten aus unserem Land und dem gesamten Bundesgebiet sowie zahlreiche rheinland-pfälzische Feuerwehrlaute und Rettungskräfte im Einsatz, um ein sicheres Fest zu gewährleisten. Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Veranstaltungen und Aktivitäten haben im Einzelnen stattgefunden?
2. Wie wird der Verlauf dieser beiden Tage aus organisatorischer Sicht beurteilt?
3. Welche Rolle spielten ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger für die Einheitsfeier und das Rahmenprogramm?
4. Wie ist die Bilanz der beiden Tage unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu bewerten?

2. Abgeordnete

**Gerd Schreiner und
Marion Schneid (CDU)**

Defizit der Mainzer Universitätsmedizin

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung das jüngst bekannt gewordene extrem hohe Defizit der Universitätsmedizin Mainz für das Jahr 2016 in Höhe von 26,1 Mio. Euro?
2. Welchen zeitlichen Horizont hält die Landesregierung für realistisch, das Defizit auf null zu senken?
3. Wie will die Landesregierung mittelfristig mit der immer drückender werdenden Gesamtverschuldung der Universitätsmedizin vor dem Hintergrund eines drohenden Zinsrisikos umgehen?

3. Abgeordneter
Uwe Junge (AfD)

Brandstiftung in der GfA Ingelheim am 18. Oktober 2017

Laut Polizeimeldung wurde am 18. Oktober 2017, gegen 20.00 Uhr, ein Brand in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) in Ingelheim, Konrad-Adenauer-Straße, gemeldet. Ein 27-jähriger marokkanischer Insasse hatte in seiner Zelle die Abluftanlage verstopft, sein Fenster geschlossen und seine Matratze vor der Zugangstür entzündet. Da dieser bereits zuvor mit einem Anschlag gedroht hatte, wurde schnell reagiert, der Verursacher aus seiner Zelle gerettet und in ein Krankenhaus eingeliefert. Bei der Rettung des 27-Jährigen wurden insgesamt sechs Bedienstete der GfA verletzt; sechs erlitten Rauchgasvergiftungen, einer davon zusätzlich leichte Brandverletzungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. War der Brandverursacher bereits straffällig geworden und falls ja, welche Delikte hatte er begangen?
2. Hatte es bereits Versuche gegeben, den Brandverursacher abzuschieben?
3. Welche Konsequenzen werden sich aus der Brandstiftung für den Aufenthaltsstatus des Brandverursachers ergeben?
4. Wo hält sich der Brandstifter gegenwärtig auf?

4. Abgeordnete
Thomas Roth und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)

Digitale Gerichtssäle in Rheinland-Pfalz

Der aktuellen Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass in den nächsten Jahren alle Gerichte und Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz auf die sogenannte E-Akte umgestellt werden sollen. Ein wesentliches Ziel soll ein weitestgehend papierloser digitaler Gerichtssaal sein. Ein entsprechendes Pilotprojekt wird im Sommer 2018 am Landgericht Kaiserslautern starten. Bereits noch in diesem Jahr soll der elektronische Rechtsverkehr bei den Gerichten flächendeckend eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Unter welchen Aspekten wurde das Landgericht Kaiserslautern als Pilotgericht ausgesucht?
2. Ist es angedacht, die bereits vorhandenen Akten, welche noch Aufbewahrungsfristen unterliegen, nachträglich zu digitalisieren?
3. Welche – technischen – Voraussetzungen benötigen Rechtsanwälte und sonstige Beteiligte, um am elektronischen Rechtsverkehr teilzunehmen?

5. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dramatischer Rückgang von Fluginsekten: Gefahr für das gesamte Ökosystem

Die am 18. Oktober 2017 in der Fachzeitschrift PLOS ONE veröffentlichte Studie „More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas“ stellt das Ausmaß des Insektensterbens der vergangenen 27 Jahre in Deutschland dar. Nach Berechnung von Untersuchungen in insgesamt 63 Naturschutzgebieten sind zahlreiche ehrenamtliche Entomologen zu dem Ergebnis gekommen, dass es bei den Fluginsekten einen Rückgang von circa 77 Prozent des gesamten Bestandes in der Vegetationsperiode und sogar von fast 82 Prozent in der Sommerperiode gegeben hat. Die Studie kommt auch zu dem Schluss, dass die Rückgänge von Artengruppen wie Schmetterlinge, Wildbienen, Nachtfalter einhergehen mit den dramatischen Verlusten von Fluginsekten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Studie hinsichtlich des Insektensterbens in Deutschland und Rheinland-Pfalz?
2. Mit welchen Auswirkungen durch das Insektensterben rechnet die Landesregierung auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie?
3. Mit welchen konkreten Maßnahmen versucht die Landesregierung zur Vielfalt unserer Kulturlandschaft und zur Artenvielfalt beizutragen?
4. Inwieweit sieht die Landesregierung die Fruchtfolge und Diversität im ökologischen Landbau als förderlich für die Lebensraumqualität für Insekten an?

6. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Martin Brandl (CDU)

Einführung der EDV-Ausstattung Calliope mini an rheinland-pfälzischen Schulen

Ministerpräsidentin Dreyer hat sich im Rahmen des Digitalgipfels für die Einführung des Microcontrollers Calliope mini an rheinland-pfälzischen Schulen ausgesprochen, obwohl die Geräte als teuer und anfälliger als Konkurrenzprodukte gelten. Mit dem Controller sollen Schüler an die Kernstrukturen der digitalen Welt herangeführt werden (taz, 23. Oktober 2017).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung ihre positive Grundhaltung gegenüber Calliope mini, trotz des Preises und der Anfälligkeit?
2. In welchem Umfang sind der genannten Ankündigung von Ministerpräsidentin Dreyer im Juni dieses Jahres Maßnahmen zur Etablierung und Erprobung von Calliope mini an rheinland-pfälzischen Schulen gefolgt?
3. Wie reagiert die Landesregierung auf den Vorwurf der GEW, dass es vor allem SPD-geführte Bundesländer seien, die Calliope mini einführten, da die Gesellschafter der zugehörigen gGmbH zu großen Teilen SPD-Mitglieder seien?
4. Sieht die Landesregierung eine ausreichende Trennung der Interessen gegeben, wenn ein Gesellschafter von Calliope die rheinland-pfälzische Landesregierung in Digitalisierungsfragen berät und Frau Ministerpräsidentin Dreyer in einem Thinktank mitarbeitet, der von einer Gesellschafterin von Calliope geleitet wird?

7. Abgeordnete
Dr. Anna Köbberling und
Thomas Wansch (SPD)

Kommunales Investitionsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz, Kapitel 2

Am 19. Oktober 2017 hat Finanzministerin Ahnen ein Informationsschreiben an die kreisfreien Städte und die Landkreise verschickt, in dem ein neues Investitionsförderprogramm für finanzschwache Kommunen erläutert wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches sind die Bestandteile des Programms?
2. Wer ist nach dem Landesprogramm antragsberechtigt und was kann gefördert werden?
3. Welche Schritte sind von einem antragsberechtigten Schulträger zu unternehmen, um Fördermittel zu bekommen?

8. Abgeordneter
Jens Ahnemüller (AfD)

Korruptionsvorwürfe gegen Mitarbeiter der LBM-Dienststelle in Speyer

Die Presse berichtete in den vergangenen Tagen über Korruptionsvorwürfe gegen Mitarbeiter der LBM-Dienststelle Speyer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, eine Hausdurchsuchung ist der Öffentlichkeit bekannt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welcher Art sind die Loyalitätskonflikte?
2. Gegen wie viele Personen richten sich die Vorwürfe?
3. Über welchen Zeitraum erstrecken sich die Korruptionsvorwürfe?
4. Welche Projekte des LBM sind davon beeinträchtigt?

9. Abgeordnete**Katharina Binz**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Medizinisches Cannabis**

Seit März 2017 können Schwerkranke medizinisches Cannabis auf Rezept erhalten, die Kosten werden von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen. Das Betäubungsmittelgesetz und andere Vorschriften wurden entsprechend geändert. Dies hat für viele schwerstkranken Patientinnen und Patienten verbesserte Behandlungsmöglichkeiten gebracht, die bisher nur über aufwändige Ausnahmeregelungen Zugang zu diesem Medikament hatten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung der bundesgesetzlichen Freigabe von medizinischem Cannabis in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz haben seit März 2017 medizinisches Cannabis auf Rezept verschrieben bekommen?
3. Welche Voraussetzungen müssen für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen für eine Therapie mit medizinischem Cannabis erfüllt sein?
4. Bei welchen Krankheiten kann die Behandlung mit medizinischem Cannabis eine Verbesserung im Vergleich zu bisher zugelassenen Behandlungsmethoden darstellen?

10. Abgeordnete**Christian Baldauf und**
Gabriele Wieland (CDU)**Änderung des Landesstraßengesetzes**

Nach wie vor werden mögliche Abstufungen von Kreisstraßen zu Gemeindestraßen vor dem Hintergrund der Verkehrsbedeutung und der Anschlussfunktion der entsprechenden Straßen diskutiert. Viele Kommunen befürchten, dass sie künftig für mehr Straßen als bisher zuständig sein sollen. Im Januar 2017 wurde vonseiten der CDU-Fraktion ein Gesetzentwurf zur Änderung des Landesstraßengesetzes in den Landtag eingebracht. Dieser wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt. Die Landesregierung hat angekündigt, dem Landtag zeitnah einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schritte wurden vonseiten der Landesregierung zu Änderung des Landesstraßengesetzes seit der Plenarsitzung Ende Januar 2017 eingeleitet?
2. Welche betroffenen Akteure wurden in diesem Zusammenhang angehört?
3. Wie viele Kreisstraßen sind im Zeitraum zwischen Januar 2017 und Oktober 2017 abgestuft worden?
4. Für wann plant die Landesregierung dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

11. Abgeordnete**Alexander Schweitzer und**
Martin Haller (SPD)**Erneuter Fall von Treibstoff-Ablas über der Westpfalz**

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wurden am 17. Oktober 2017 aus einem Flugzeug kurz nach dem Start am Frankfurter Flughafen große Mengen an Kerosin über der Westpfalz abgelassen. Ein Airbus 380 auf dem Weg von Frankfurt nach Texas musste aufgrund von Fahrwerkproblemen nach Frankfurt zurückkehren. Um sicher landen zu können und das zulässige Höchstgewicht zu erreichen, hat der Pilot 40 Tonnen Kerosin abgelassen (zunächst gab die Deutsche Flugsicherung 80 Tonnen an, diese Aussage wurde später korrigiert).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich des am 17. Oktober 2017 aufgetretenen Falls von Kerosinablass über der Westpfalz vor?
2. Wurde die Landesregierung von der Deutschen Flugsicherung über das Ereignis informiert?
3. Welche Schritte hat die Landesregierung unternommen, um mehr Transparenz und gesicherte Informationswege für die Öffentlichkeit und Behörden herzustellen?

- 12. Abgeordnete
Marion Schneid (CDU)**
- Intendant und Chefdirigent an der Deutschen Staatsphilharmonie in Ludwigshafen**
- In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, am 17. Oktober 2017, hatte die CDU einen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT zu oben genanntem Thema gestellt. Bei der Beantwortung sind folgende Fragen im Unklaren geblieben.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wer erstellt den Spielplan der Deutschen Staatsphilharmonie in Ludwigshafen für die Spielzeit 2018/2019?
 2. Wie ist die Zeitschiene zur Neubesetzung des Intendanten und Chefdirigenten an der Deutschen Staatsphilharmonie in Ludwigshafen?
 3. Welche Ergebnisse hat die Mediation gebracht, die im Zuge der endenden Verträge von Chefdirigent und Intendant von der Landesregierung initiiert worden war?
- 13. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)**
- Anpassungsbedarf: Landesgesetz über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte**
- Der Einzelhandel sieht sich mit einer immer stärker werdenden Konkurrenz im Bereich des Onlinehandels auseinandergesetzt. Mit dem sog. Landesgesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) sollte ein Instrument geschaffen werden, das die Städte und vor allem den inhabergeführten Einzelhandel nachhaltig stärkt. Doch obwohl sich nach der Verabschiedung des LEAPG im Juli 2015 in einigen rheinland-pfälzischen Städten entsprechende Initiativen gegründet haben (Mainz, Koblenz, Diez, Mayen, Ludwigshafen, Pirmasens), konnte bisher noch kein LEAP-Projekt umgesetzt werden.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Inwieweit liegt es an der Ausgestaltung des § 8 Abs. 9 LEAPG, dass trotz des in mehreren rheinland-pfälzischen Städten vorhandenen Interesses bisher noch keine Initiative umgesetzt werden konnte?
 2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit dem Inkrafttreten des LEAPG ergriffen, um eine effektive Umsetzung der Zielsetzungen des LEAPG zu gewährleisten?
 3. Inwieweit stehen zur Unterstützung der entsprechenden Initiativen und Kommunen finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung?
- 14. Abgeordnete
Pia Schellkammer und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
- Sexuelle Gewalt gegen Frauen: Unterstützungs- und Präventionsangebote in Rheinland-Pfalz**
- Der Skandal um den Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein hat das Thema sexuelle Gewalt an Frauen wieder verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Unter dem Hashtag #MeToo haben in Folge unzählige Frauen von ihren eigenen Erfahrungen mit sexueller Gewalt berichtet.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Zahlen liegen der Landesregierung über Fälle sexueller Gewalt in Rheinland-Pfalz vor?
 2. Lassen die vorliegenden Zahlen eine Differenzierung zu (z. B. sexuelle Belästigung, Vergewaltigung etc.) und wenn ja: Wie sind die Fälle verteilt?
 3. Welche Unterstützungsangebote gibt es in Rheinland-Pfalz für Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind?
 4. Welche Präventionsmaßnahmen gibt es in Rheinland-Pfalz zur Verhinderung von sexueller Gewalt?

15. Abgeordneter
Michael Wäschenbach
 (CDU)

Stellvertretender Geschäftsführer verlässt überraschend den MDK und dramatischer Anstieg von Wartezeiten für Versicherte auf Begutachtungsergebnisse

In der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses musste das Gesundheitsministerium große Rückstände und Wartezeiten bei der Pflegebegutachtung durch den MDK Rheinland-Pfalz einräumen. Darüber hat kürzlich auch die Landespresse berichtet (Rheinzeitung 30. September 2017, Allgemeine Zeitung 7. Oktober 2017). Zudem hat der neue stellvertretende Geschäftsführer Rohleder den MDK überraschend verlassen, was zu erheblichen Mehrkosten führt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung die Differenzen in den Zahlenangaben, die zuletzt im Gesundheitsausschuss zur Personalbesetzung beim MDK getätigt wurden, im Vergleich zu den bisherigen Informationen aus der Sektorenprüfung Personal und den vom Personalrat vorgetragenen Zahlen in der Personalbesetzung?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Verantwortlichkeiten für den hohen finanziellen Schaden beim MDK, der durch die offensichtliche Fehlentscheidung bei der Personalbesetzung in der Geschäftsführung durch hohe Abfindungen, die aus Versichertengeldern zu zahlen sind, entstanden ist?
3. In welcher Weise gedenkt die Landesregierung die Rechtsaufsicht wahrzunehmen, um die für die betroffenen Beitragszahler unzumutbaren überlangen Wartezeiten auf Gutachten des MDK zu reduzieren?
4. Was ist aus den politischen Ankündigungen der Ministerin geworden, jetzt beim MDK härter durchzugreifen und bei einem erneuten Vorkommnis, welches ja durch die Trennung von Rohleder eingetreten ist, die Reißleine zu ziehen?

16. Abgeordnete
Christine Schneider und
Dr. Christoph Gensch
 (CDU)

Gesunde Verpflegung in Schulen und Kindergärten

Anlässlich des „Tages des Butterbrotes“ erklärt die Landesregierung, dass ein gesunder und ausgewogener Pausensnack für Schüler und Kindergartenkinder an Bedeutung gewinne.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Befürwortet die Landesregierung, dass Kinder und Jugendliche täglich ein ausgewogenes, nährstoffreiches Mittagessen in Schulen und Kindergärten erhalten?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Qualität der Mittagsverpflegung in allen Ganztageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche eigenen Initiativen plant die Landesregierung, damit die Qualität der Verpflegung in den Kindergärten und Schulen in Rheinland-Pfalz gesteigert wird?

17. Abgeordnete
Horst Gies,
Christine Schneider,
Arnold Schmitt und
Johannes Zehfuß (CDU)

Weinexport nach China

Die Landesregierung will die Exportbeziehungen mit China weiter vertiefen. Dies kündigte Staatssekretär Andy Becht bei der Eröffnung des Weltwirtschaftsforums in Birkenfeld an.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Fortschritte machen die bisherigen Bemühungen der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit China?
2. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung bei der Vermarktung rheinland-pfälzischer Weine in China und wie viele Winzer unterhalten dadurch langfristige Wirtschaftsbeziehungen nach China?
3. Welche Fortschritte macht der Bau der „International Wine City Haixi-Meijin“ und das darin geplante Rheinland-Pfalz-Zentrum, dessen Grundstein die Ministerpräsidentin im Frühjahr 2014 legte?

18. Abgeordnete

**Horst Gies,
Christine Schneider,
Arnold Schmitt und
Johannes Zehfuß (CDU)**

Minister Wissing wieder Vorsitzender des Agrarausschusses

Minister Wissing ist erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates gewählt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie konkret setzt sich der Agrarminister für die Realisierung der Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik ein, auch gegenüber den Koalitionspartnern?
2. Wie konkret lautet das Konzept des Agrarministers zur Stärkung der Position der bäuerlichen Erzeuger in der Lebensmittelkette?
3. Welche Strategie hat die Landesregierung entwickelt, um mit der Digitalisierung von landwirtschaftlichen Produktionsverfahren die bäuerlichen Betriebe zu stärken, Ressourcen zu schonen und den Output zu verbessern?

